

„Angriffe gegen unbewaffnete Zivilisten sind Kriegsverbrechen“

VON EMMA FIRLUS

HANNOVER. Die massiven Angriffe der Hamas auf Israel machen fassungslos. Auch die Sprecherin der Palästina Initiative Region Hannover (PI), Astrid Wortmann, ist schockiert. Mit tiefem Entsetzen habe sie die Nachrichten wahrgenommen. „Angriffe gegen unbewaffnete Zivilisten sind Kriegsverbrechen“, sagt sie und distanziert sich von den Handlungen der radikalen Palästinenserorganisation. „Wir treten für Gewaltfreiheit ein“, betont Wortmann.



Astrid Wortmann

Ihr tiefes Mitgefühl gelte den Opfern und deren Familien. Sie betont, dass dies für beide Seiten zutrefte: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Egal ob jüdisch oder palästinensisch.“ In einer Stellungnahme der PI heißt es ebenfalls: „Beide Völker im israelischen Machtbereich haben ein Existenzrecht auf ein Leben in Freiheit und Sicherheit.“ Jeder sei dafür mitverantwortlich, jüdische ebenso wie palästinensische Gemeinschaften, sagt Wortmann.

Kriegsverbrechen würden in diesem Fall nicht einseitig verübt, erklärt sie und meint damit auch die Vergeltungsschläge Israels. In der Nacht zu Freitag hätten israelische Soldaten einen 19-jährigen Palästinenser im palästinensischen Ort Huwara erschossen. Daher könne sie nicht undifferenziert Israel ihren Beistand versichern. „Jedem Menschen sollte seine Würde gelassen werden.“

Die Palästina Initiative Region Hannover setzt sich unter anderem für die Beendigung der israelischen Besatzung und die Anerkennung des Staates Palästina durch die deutsche Regierung ein. Sie wünscht sich die Aufnahme Palästinas in die Staatengemeinschaft der UNO sowie die Perspektive eines friedlichen und gleichberechtigten Miteinanders der Staaten im Nahen Osten. Die PI fordert die Einhaltung der Menschenrechte in Palästina und Israel ein, sie will den palästinensisch-israelischen Dialog in Deutschland fördern. Wortmanns Appell: „Die Bundesregierung fordern wir auf, sich sofort für einen Stopp der Kampfhandlungen und die Aufhebung der Blockade Gazas einzusetzen und die Rechtlosigkeit der Palästinenser nicht länger hinzunehmen.“

Auf dem Steintorplatz hat es gestern anlässlich der tödlichen Hamas-Angriffe eine Solidaritätskundgebung mit Israel gegeben – rund 400 Menschen nahmen teil. Niedersachsens Innenministerin Daniela Behrens (SPD) versicherte als Rednerin, „eine Ausbreitung des Terrors der Hamas und des Judenhasses werden wir nicht zulassen“.



SOLIDARISCH: Michael Fürst vom Landesverband Jüdischer Gemeinden (von links), Innenministerin Daniela Behrens (SPD) und Rebecca Seidler, Vorsitzende der Liberalen Jüdischen Gemeinde Hannovers.

Foto: Rebekka Neander

„LANGSAM SETZT SICH DER SCHOCK“: Deborah Wegner ist bei der Demo dabei, weil ihr israelischer Freund als Reservist eingezogen und an die Grenze zum Gaza-Streifen geschickt worden ist.

Foto: Manuel Behrens

„Recht auf Leben in Israel und hier“

VON BÄRBEL HILBIG UND MANUEL BEHRENS

HANNOVER. Rund 400 Menschen haben am Montag aus Solidarität mit Israel demonstriert. Das Land wird seit dem vergangenen Wochenende von der palästinensischen Hamas angegriffen. Aufgerufen zu der Kund-

gebung auf dem Steintorplatz hatte die Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG) mit einem breiten Bündnis. Politikerinnen und Politiker verurteilten den Angriff, Teilnehmende zeigten ihre Sorge um ihre Angehörigen in Israel. Doch die friedliche Demonstration wurde durch Zwischenrufe und sogar eine jüdenfeindliche

Parole gestört. Neben Oberbürgermeister Belit Onay und Regionspräsident Steffen Krach war auch Innenministerin Daniela Behrens gekommen. „Wir werden nicht zulassen, dass der Terror der Hamas und der Judenhass sich ausbreiten. Eine Unterstützung des Hamas-Terrors auf Demos wird nicht tole-

riert“, sagte die SPD-Politikerin. Regionspräsident Krach (SPD) betonte, dass es auf ein partei- und religionsübergreifendes Zeichen ankomme. Die Kundgebung am Steintor könne das liefern. „Als Region stehen wir vor allem auf der Seite unserer Partnerregion Unter-Galiläa. Es tut uns weh, dass die Menschen jetzt unter Angriffen leiden“, sagte Krach.

Hannovers Oberbürgermeister Onay (Grüne) rief den Demonstrierenden zu: „Es ist unfassbar, welchen Terror, welchen Hass die Hamas entrollt. Jüdisches Leben hat ein Recht zu leben in Israel und hier. Wenn hier Antisemitismus stattfindet, betrifft das auch uns“, sagte Onay. Auch Michael Fürst, Vorsitzender des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden, war unter den Rednern. Fürst betonte: „Nicht jeder Palästinenser ist ein Terrorist. Das sollten wir immer im Kopf behalten.“ Alle hätten furchtbare Bilder gesehen. Der

Angriff habe das größte Massensterben von Juden nach dem Holocaust dargestellt, meinte Fürst.

Doch nur wenige Minuten vor Demobeginn war es in der Menge auf dem Steintorplatz offenbar zu einer Volksverhetzung durch eine Passantin gekommen, meldete eine Ordnerin. Die Frau rief offenbar jüdenfeindliche Parolen. Im weiteren Verlauf des Protests rief eine aufgebrachte Frau: „Israel tötet Kinder.“ Polizei und Ordner waren sofort zur Stelle und führten sie vom unmittelbaren Veranstaltungsbereich weg. Ein junger Mann rief im Vorbeigehen: „Free Palestine!“

Die Polizei sicherte die Veranstaltung mit einem Großaufgebot. Doch der Ort der Kundgebung war unter den Teilnehmenden vor dem Beginn der Veranstaltung schon vereinzelt kritisiert worden: Am Steintor gibt es zahlreiche arabische Restaurants und Geschäfte. Eigentlich sollte die Demo am Kröpcke statt-

finden. Doch war schon eine andere Versammlung angemeldet. Matthias Görn, Vorsitzender vom Verein Freundeskreis Hannover, nannte die Platzwahl gegenüber dieser Redaktion „eine Herausforderung für die Demokratie“.

Demonstrationsteilnehmerin Deborah Wegner ist derzeit in diesen Tagen in besonders großer Sorge: Ihr Freund ist Reservist in der israelischen Armee. Am Sonntag wurde er einberufen, nun ist er an der Grenze zum Gaza-Streifen im Einsatz. Anfangs konnten beide über Smartphone Kontakt halten, doch mittlerweile ist der Akku des 24-Jährigen leer. Der Kontakt ist abgebrochen. „Langsam setzt sich der Schock“, sagt Wegner. Sie hat aufgehört, in die sozialen Medien zu schauen. Besonders tragisch: In dieser Woche wollte ihr Freund nach Deutschland zu Besuch kommen, nun sei er als Mitglied einer Ingenieureinheit an der Front.

„Schutz und Empathie fehlen“

„Hohe Gefährdungslage“: Juden in Hannover sind in großer Sorge und fürchten sich vor Hassangriffen

VON PETRA RÜCKERL, MAIKE JACOBS UND MANUEL BEHRENS

HANNOVER. Benjamin, seine Familie, seine Freunde hier in Hannover, in Israel und anderswo sind traurig. Und wütend. Der 43-Jährige und seine Familie schauen mit Angst und Abscheu, mit Frust und Zorn nach Israel. „Jeder von uns hat dort Familie und Freunde. Das war wie ein Kurzfilm. Ein schrecklicher Kurzfilm über das, was längst passiert wäre, wären wir nicht wehrhaft.“

Benjamin ist Deutscher, in Hannover aufgewachsen. Er will seinen richtigen Namen nicht veröffentlicht sehen. „Auch hier leben so viele palästinensische Gefährdet. Und die deutschen Sicherheitsbehörden schützen uns nicht.“ Es würden weniger Juden zu den Gottesdiensten gehen aus Furcht vor Angriffen und Anschlügen. Die Sicherheitssituation in der Bundesrepublik sei letztlich noch prekärer, „weil Deutschland nicht die gleichen Möglichkeiten hat wie Israel, sich im Inland zur Wehr zu setzen. Hier kann die Bundeswehr nicht eingesetzt werden. Würden nur fünf Terroristen solche Anschläge verüben, würde dies desaströs enden.“

Hat er dafür Erkenntnisse? „Die haben in Deutschland tausende Unterstützerinnen und Unterstützer. Das habe man ja bei der Kundgebung in Berlin gesehen. Auch in Han-

nover wären Leute aus der palästinensischen Gemeinde in der Vergangenheit „durch die Verteidigung dieser Terrorangriffe aufgefallen“. Deswegen müsse man konstatieren, dass „die Gefährdungslage auch hier in Hannover sehr, sehr hoch ist“. Jüdische Einrichtungen würden bereits von eigenen Sicherheitsleuten geschützt. „Die deutschen Behörden können in uns in keinster Weise schützen, die haben weder die geheimdienstlichen noch die polizeilichen Kapazitäten dafür.“

Die Polizei beteuert hingegen, ihre Präsenz seit dem Angriff der Hamas in ganz Niedersachsen erhöht zu haben, um Jüdinnen und Juden sowie deren religiöse Einrichtungen zu schützen. Die Behörde sei „allerhöchst sensibilisiert“, schrieb die niedersächsische Innenministerin Daniela Behrens (SPD) auf X, früher Twitter. Laut Behrens haben Polizei von Bund und Ländern einen hohen einheitlichen Schutzstandard für jüdische Einrichtungen vereinbart.

Auch in Hannover wurden die entsprechenden Maßnahmen erhöht, so ein Sprecher der Polizeidirektion. Wie das konkret aussieht, dazu macht die Behörde keine Angaben. Vor der Liberalen Jüdischen Gemeinde in Stöcken zeigt die Polizei allerdings Präsenz. Von Aktionen, die Solidarität mit dem Angriff der Hamas ausdrücken, ist der Polizei in

der Region Hannover nichts bekannt. In Berlin hatten Sympathisanten die Attacken am Samstag, 7. Oktober, offen gefeiert und Süßigkeiten verteilt.

Oft ist von jüdischer Seite zu hören, dass man „auf gepackten Koffern sitzt“, bestätigt auch Benjamin. Doch wohin sollen die Menschen gehen, wenn Israel im Kriegszustand ist? „Israel wird sich durchsetzen – auch mangels Alternativen. Wir haben nur einen Staat und werden alles dafür tun, dass er überlebt.“ Die internationale Hilfe wäre hier stärker. „In Amerika wird Blut gespendet, Geld gesammelt und das auch von nichtjüdischer Seite.“ Das sei ein großer Unterschied zu Deutschland, wo das Wissen über das Judentum verloren gegangen sei, aber auch kaum Umgang zwischen jüdischen und nichtjüdischen Deutschen bestehe. „Die fehlende Empathie resultiert aus Mangel an Umgang miteinander.“

Der 43-Jährige macht sich große Sorgen um die Familie in Deutschland und natürlich in Israel. Ein Verwandter habe in dem angegriffenen Kibbuz an der Grenze gelebt, „zum Glück ist er vor einigen Jahren 87-jährig gestorben“. Er habe den Holocaust überlebt, dieses Massaker ist ihm „durch den natürlichen Tod erspart worden“. Aber viele seiner Nachbarn seien entführt oder umgebracht worden. Die, die überlebt hätten, „werden jetzt

als Schutzschilde missbraucht, um die gefangenen Terroristen freizupressen. Das ist eine alte palästinensische Taktik, weil sie um die Verwundbarkeit Israels wissen und dass wir Menschenleben besonders schätzen“.

Ein jüdisches Sprichwort sagt: Wer ein Menschenleben rettet, rettet die ganze Welt. „Das macht einen Wahnsinn“, stößt Benjamin aus. „In dem Moment, wo die 2000-jährige Wehrlosigkeit kurz zurückkommt, folgen Raubmord, Massenmord und totale Zerstörung. Doch zum Glück besteht diese Wehrlosigkeit nicht mehr dank des Staates Israel.“

Dass der Angriff auf Zivilisten stattfand, hat ihn nicht überrascht. „Die genozidale antisemitische Prägung ist bei der Hamas und den Bürgern

in Gaza vorhanden.“ Eine Teilschuld würde Deutschland betreffen, „es gibt dort eine Arbeitsteilung ohne Absprache. Die Bundesregierung zahlt für soziale Dienste, also Wasser, Strom und Wärme, vor Ort – und die Hamas baut davon Raketen, plant Angriffe und kümmert sich mit deutschen Geldern um den Terror.“ Da würden diejenigen gestärkt, „die Jüdinnen und Juden umbringen wollen“.

Der Angriff passierte an dem Wochenende, als die AfD hohe Gewinne in Bundesländern wie Bayern und Hessen einfahren konnte. „Das kommt noch erschwerend hinzu“, sagt Benjamin. Das zeige die Gefährdung. „Ich hätte das nicht für möglich gehalten, als ich in diesem Land aufgewachsen bin.“

Als einer der Wenigen

äußert sich Eliah Sakakushev von Bismark: „Wir sind zutiefst erschüttert“, sagt der Leiter der Villa Seligmann: „Wir sind eng mit Israel verbunden und stehen im ständigen Austausch mit den dortigen Musikern und Musikerinnen von uns. Sie zumindest sind bisher alle in Sicherheit!“ Aber obwohl natürlich darüber eine gewisse Erleichterung da ist, sind es die Bilder der Angriffe, die wirken: „Wir sind geschockt“, sagt Sakakushev von Bismark, dessen Frau eigentlich jetzt nach Israel fliegen wollte. „Als Vertreter der Villa Seligmann bin ich auch bei der Solidaritätskundgebung am Steintor. Wir halten uns eigentlich politisch zurück, aber hier geht es darum, Anteil und Betroffenheit auch zu zeigen.“

Starke Solidarität zeigt Jasmin Arabian-Vogel, Präsidentin vom Verband deutscher Unternehmerinnen. Die Hannoveranerin selbst ist in Irans Hauptstadt Teheran aufgewachsen: „Was in Israel passiert, ist entsetzlich, ist unbeschreiblich, ist barbarisch“, findet sie klare Worte auch auf Facebook: „Jeder Versuch einer Erklärung, einer Rechtfertigung ist sinnlos, denn nichts, rein gar nichts rechtfertigt diese Gewalt. Ich kann absolut nachvollziehen, dass besonders jetzt viele Menschen sich wünschen, dass sich die islamische Welt positioniert, ohne Wenn und Aber. Terror ist Terror ist Terror.“



PARTNERSCHAFT MIT DER REGION HANNOVER: Die Kadoorie-Schule liegt am Berg Tabor in der Region Unter-Galiläa im Norden Israels.

Foto: Frauke Bittner

Schüler aus Partnerschule der Region vermisst

HANNOVER. Beim Angriff der islamistischen Hamas auf Israel sind auch junge Menschen aus einer Partnerschule der Region Hannover verschwunden. Die Jugendlichen feierten auf einem Musikfestival in der Negev-Wüste im Süden Israels, als die Hamas am frühen Sonnabendmorgen angriff.

Es werden auch noch zahlreiche junge Menschen aus der Region Unter-Galiläa vermisst, zu der die Region Hannover seit vielen Jahren eine Partnerschaft unterhält. Einige der jungen Leute gehören zur Kadoorie-Schule, einer landwirtschaftlichen Berufsschule. Die Justus-von-Liebig-Schule sowie die Berufsbildende Schule 3 haben ein Austauschprogramm mit der Schule, die im Norden Israels liegt.

Nach Berichten der „Tagesschau“ soll die Hamas allein auf dem Gelände des „Supernova“-Festivals rund 260 Menschen getötet haben. Festivalbesucher versuchten über Stunden, sich zu retten und zu fliehen. bil



SCHUTZ ERHÖHT: Die Polizei zeigt sichtbar Präsenz an jüdischen Einrichtungen in Hannover – wie hier an der Fuhsstraße.

Foto: Frank Tunnat